Landeshauptstadt

Hannover

Beschluss-
drucksache

b

In die Geschäftsordnungskommission
In den Kulturausschuss
In den Ausschuss für Umweltschutz und Grünflächen
In den Verwaltungsausschuss

Nr. 1793/2008
Anzahl der Anlagen 0
Zu TOP

Übernahme der Grabstätte von Robert Leinert in die Ehrenpflege

Antrag,
zu beschließen,

die Grabstätte von Robert Leinert, geboren am 16.12.1873 in Striesen bei Dresden, gestorben am 10.02.1940 in Hannover, auf dem Stadtfriedhof Stöcken, Abt. 44, Nr. 25, in die Ehrenpflege der Stadt Hannover zu übernehmen.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten
Gender-Aspekte werden von dieser Beschlussdrucksache nicht berührt.

Kostentabelle
Darstellung der zu erwartenden finanziellen Auswirkungen: (HMK = Haushaltsmanagementkontierung)

Investitionen	in €	bei HMK (Deckungsring)/ Wipl-Position	Verwaltungs-haushalt; auch Investitions-folgekosten	in € p.a.	bei HMK (Deckungsring)/ Wipl-Position
Einnahmen			**Einnahmen**		
Finanzierungs-anteile von Dritten			Betriebsein-nahmen		
sonstige Ein-nahmen			Finanzeinnah-men von Dritten		
Einnahmen insgesamt	0,00		Einnahmen insgesamt	0,00	
Ausgaben			**Ausgaben**		
Erwerbsaufwand			Personal-ausgaben		
Hoch-, Tiefbau bzw. Sanierung			Sachausgaben	300,00	7520.000-507000
Einrichtungs-aufwand			Zuwendungen		
Investitionszu-schuss an Dritte			Kalkulatorische Kosten		
Ausgaben insgesamt	0,00		Ausgaben insgesamt	300,00	
Finanzierungs-saldo	0,00		**Überschuss/ Zuschuss**	-300,00	

Begründung des Antrages
Es handelt sich um die Grabstätte des ersten sozialdemokratischen Oberbürgermeisters der Stadt Hannover nach dem Ersten Weltkrieg (1918-1924).

Das Leben von Robert Leinert begann „ganz unten“, in einem Armenhaus, in dem er unweit von Dresden aufwuchs. Nach einer Malerlehre gelangte er als Geselle auf Wanderschaft nach Hannover, wo er seit 1900 als Funktionär der SPD und seit 1903 als Redakteur der sozialdemokratischen Tageszeitung „Volkswille“ tätig war. Seit 1906 arbeitete er als Sekretär der SPD für die preußische Provinz Hannover.

Im Jahre 1908 wurde er in das Preußische Abgeordnetenhaus gewählt. Ein bis dahin einmaliger Vorgang, da sozialdemokratische Abgeordnete mit Hilfe des Dreiklassenwahlrechts erfolgreich fern gehalten wurden.

Während der Novemberrevolution 1918/1919 war er Vorsitzender des stadthannoverschen Arbeiter- und Soldatenrats, den er im Sinne einer gemäßigten Politik der Mehrheitssozialdemokratie führte.

Als Vorsitzender des „Zentralrats der deutschen sozialistischen Republik“ in Berlin drängte er auf eine möglichst rasche Wahl einer Deutschen Nationalversammlung und damit zugleich auf eine Entmachtung der Räte.
Robert Leinert vertrat die Arbeiter- und Soldatenräte auch auf der Versailler Friedenskonferenz (1919).

Am 13. November 1918 wurde er Oberbürgermeister von Hannover. Robert Leinert war ab 1919 auch Abgeordneter des Preußischen Landtags, zeitweise sein Präsident (1919-1925). Seine politischen Gegner warfen ihm vor, er verbringe den Großteil seiner Zeit in Berlin und vernachlässige seine Aufgaben im Rathaus. Gesundheitlich angeschlagen kapitulierte er 1924 vor der erstarkten bürgerlichen Fraktion im Bürgervorsteher-Kollegium.

Seit 1925 in den Ruhestand versetzt, wurde ihm nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten die Pension entzogen, für einige Zeit war er inhaftiert. Im Alter von 67 Jahren starb Robert Leinert am 10. Februar 1940 in Hannover.

Robert Leinert gehörte zu den Pionieren demokratischer Einrichtungen in Deutschland. Er gehörte zu den ersten Abgeordneten des Preußischen Landtages, die es trotz Dreiklassenwahlrecht schafften, gewählt zu werden. Und er ist ein Repräsentant der politischen Revolution von 1918/1919 in Deutschland. Er war das erste Oberhaupt der Stadt Hannover in der Weimarer Republik.

Angesichts der stadt- und landesgeschichtlichen Bedeutung von Robert Leinert für Hannover wird vorgeschlagen, die Grabstätte auf dem Stadtfriedhof Stöcken zu erhalten und in die städtische Ehrenpflege zu übernehmen.

Der Stadt entstehen ab Übernahme in die Ehrenpflege jährliche Pflege- und Unterhaltungskosten in Höhe von 300,00 Euro.

43.2 / Dez. IV
Hannover / 16.07.2008